

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Steuerfelder für die Parteien?

Der hessische Ministerpräsident *Georg-August Zinn* hat in der *Frankfurter Rundschau* (31. 8. 1963) einen Aufsatz veröffentlicht, der nach unserer Meinung große Beachtung verdient. Wir geben ihn deshalb an dieser Stelle wieder:

„Die Absicht des Bundesinnenministers, in den schon lange überfälligen Entwurf eines Parteiengesetzes einen Abschnitt über die *Parteienfinanzierung* aufzunehmen, hat eine lebhaftige Diskussion ausgelöst. Wie bisher bekanntgeworden ist, soll den im Bundestag vertretenen Parteien jährlich ein auf die Fraktionen aufgeschlüsselter Zuschuß von 20 Millionen DM gezahlt werden. Außerdem sollen alle an einer Bundestagswahl teilnehmenden Parteien Spendenscheine erhalten, die als eine Art *Steuerkarte* den einzelnen Spendern die Möglichkeit geben, 30 Prozent ihrer Spende durch Anrechnung der Spendenscheine auf ihre Steuerschulden vom Staate wiederzuerlangen.

Die *verfassungsrechtliche Zulässigkeit* dieser Vorschläge wird noch geprüft werden müssen, wenn weitere Einzelheiten bekannt sind. So erscheint es zum Beispiel im Hinblick auf die Chancengleichheit der Parteien nicht unbedenklich, daß der Zuschuß von 20 Millionen nur den bereits im Bundestag vertretenen Parteien zugute kommen soll. Es wird auch noch eingehender Untersuchung bedürfen, ob die Ausgabe von Spendenscheinen nicht nur einen Versuch darstellt, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfas-

sungswidrigkeit steuerlicher Vergünstigungen für Parteispenden zu umgehen. Schon jetzt aber müssen *schwerwiegende politische Bedenken* gegen alle Versuche erhoben werden, das schwierige und umfassende Problem der Parteienfinanzierung auf solch vereinfachende Weise zu lösen.

Wer die Wirklichkeit des politischen Lebens kennt, kann nicht die Augen davor verschließen, daß auf dem Gebiet der Finanzierung die eigentlichen *Gefahren für die Chancengleichheit und die Unabhängigkeit der Parteien* liegen. Ein Parteiengesetz, das an dieser Tatsache vorübergeht, verfehlt seine Aufgabe. Es ist daher zu begrüßen, daß jetzt offenbar auch die Bundesregierung diese Zusammenhänge erkannt hat, obwohl sie noch 1959 im Bundesrat die Anregung des Landes Hessen, im Parteiengesetz auch Fragen der Parteienfinanzierung zu regeln, mit der Begründung zurückgewiesen hat, für derartige Regelungen sei im Parteiengesetz kein Platz. Die Vorschläge des Bundesinnenministers berühren aber nur eine Seite des Problems. Sicher kann eine staatliche Finanzhilfe den Parteien die Erfüllung ihrer Aufgaben erleichtern und dazu beitragen, ihre Abhängigkeit von privaten Geldgebern zu verringern. Wenn diese Finanzhilfe aber gewährt wird, ohne im übrigen etwas an den üblichen Methoden der Parteienfinanzierung zu ändern, wird dieser Zweck verfehlt. Es wird dann nicht die Unabhängigkeit der Parteien gestärkt oder die Gleichheit ihrer Chancen im politischen Wettbewerb gesichert, sondern es wird nur der schon übertriebene Werbeaufwand bei Wahlkämpfen vergrößert.

Wer wirklich ernsthaft bestrebt ist, den Einfluß des Geldes auf die Politik zu vermindern, muß das Problem von allen Seiten anfassen. Dazu gehört an erster Stelle, daß die Finanzierung der Parteien durchsichtig gemacht wird. Jeder Wähler muß sich darüber unterrichten können, von welchen Geldgebern eine Partei unterstützt wird. Das ist aber nur möglich, wenn die Namen aller Spender, die eine Partei mit Spenden von einer noch festzulegenden Größenordnung an unterstützen, öffentlich bekanntgemacht werden. Es gehört dazu weiter ein *Verbot an alle juristische Personen*, Spenden an politische Parteien zu geben, wie es in den *USA* seit langem besteht. Der paradoxe Zustand, daß juristische Personen wie Aktiengesellschaften, die als fiktive Gebilde kein Wahlrecht haben, mit Hilfe ihrer Finanzkraft größeren Einfluß auf die Politik nehmen können als jeder wahlberechtigte Bürger, sollte ein Ende finden. Diese Maßnahmen müßten durch eine *Beschränkung der Wahlausgaben* für Parteien und Wahlbewerber ergänzt werden, wie sie in *England* seit Jahrzehnten üblich ist. Dadurch würde nicht nur der Ausgabenbedarf der Parteien vermindert und so ihre Unabhängigkeit gestärkt,

sondern es würde auch dem hemmungslosen Wettbewerb der Werbefachleute eine Schranke gezogen, der im Bereich der Politik fehl am Platze ist. Schließlich wären noch Vorschriften erforderlich, die jede politische Korruption in wirksamer Weise unter Strafe stellen.

Erst wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt sind, erscheint es gerechtfertigt, den Parteien mit Staatszuschüssen zu helfen. Unter solchen Bedingungen könnte eine Staatshilfe wirksam dazu beitragen, den Parteien die Erfüllung ihrer dem Gemeinwohl dienenden Aufgaben zu erleichtern, sie von ihren Geldgebern unabhängig zu machen und die politischen Chancen einer Partei aus der Abhängigkeit von ihrer Finanzkraft zu lösen. Dabei wäre noch zu überlegen, ob die staatliche Finanzhilfe sich nicht zweckmäßiger auf die *Übernahme von Sachkosten* im Wahlkampf, wie zum Beispiel Postwurfsendungen und Plakataktionen, beschränken sollte, statt einen Zuschuß zu den laufenden Kosten der Parteiorganisationen zu leisten, mit all den Gefahren, die das für die innere Struktur der Parteien zwangsläufig mit sich bringen muß.

Es wäre zu wünschen, daß sich die Bundesregierung entschließt, das Problem der Parteienfinanzierung in dieser umfassenden Weise anzufassen. Hessen hat schon am 23. Oktober 1959 im Bundesrat entsprechende Vorschläge gemacht. Sie sind damals nicht auf Gegenliebe gestoßen. Inzwischen scheint jedoch die Einsicht gewachsen zu sein, *daß unsere demokratische Ordnung Schaden nehmen muß, wenn diese Fragen noch länger offen bleiben*. Die vom Bundesinnenminister vorgeschlagene Teillösung bringt jedenfalls keinen Fortschritt. Sie ist nur ein untauglicher Versuch, der dringend erforderlichen Regelung des Gesamtkomplexes der Parteienfinanzierung aus dem Wege zu gehen.“

„Revision der deutsch-polnischen Grenze?“

Unter diesem Titel veröffentlichte das rechtsbürgerliche *Neue Winterthurer Tagblatt* kürzlich (27. 9. 1963) einen Aufsatz, dessen Inhalt auf den ersten Blick wenig wahrscheinlich klingt. Da es sich jedoch um eine sehr seriöse Zeitung handelt und da wir schon mehr als einmal durch unerwartete Vorgänge im Ostblock überrascht wurden, erscheint uns der Artikel immerhin so interessant, daß wir ihn unseren Lesern vermitteln wollen:

„Anlässlich seines letzten Besuches in der deutschen Sowjetzone hat *Nikita Chruschtschew* festgestellt, daß das rote Regime dringend eine Steigerung des Prestiges oder irgendwelchen sichtbaren wirtschaftlichen oder politischen Erfolg benötigt. Weder das eine noch das andere ist in nächster Zeit zu erwarten, ist doch die diplomatische Zurückweisung

der DDR bei der Ratifizierung des Moskauer Atomabkommens deutlich ausgefallen.

Chruschtschew will jedoch etwas unternehmen und soll eher erstaunliche Pläne fassen. Gut informierte Kreise Warschaws bestätigen, daß der Herrscher des Kremls gewillt ist, gewisse *Abänderungen der deutsch-polnischen Grenze* anzuregen. Das Regime in Pankow erklärt, daß sein einziger großer Hafen, Rostock, nicht genügt. Der Mangel an geeigneten Zugängen zum Meer ersticke seine Wirtschaft. Nun soll Chruschtschew, der diese Gründe entweder akzeptiert oder einfach den Machthabern der Sowjetzone helfen will, *Gomulka* einen unerwarteten Vorschlag unterbreitet haben. Polen solle der deutschen Sowjetzone den gut ausgerüsteten Hafen von *Stettin* zurückgeben sowie einen kleinen *Teil des benachbarten Territoriums*. Als Gegenleistung soll die Erdölzone von *Drohobycz* und *Boryslaw*, die nach Kriegsende von der Sowjetunion annektiert wurde, *erneut dem polnischen Staatsgebiet einverleibt werden*.

Chruschtschew habe dem ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Polens zu verstehen gegeben, daß damit sein Land nicht mehr benötigt werde, rumänisches oder sowjetisches Erdöl einzukaufen, was einen bedeutenden Vorteil darstelle. Andererseits sind die Hafenanlagen von *Gdynia* und *Gdansk/Danzig* in der Lage, den ganzen maritimen Verkehr Polens aufzunehmen. Deshalb sei mit dem Verzicht auf *Stettin* nichts verloren.

Rein wirtschaftlich betrachtet ist dieser Vorschlag für Polen vorteilhaft. *Gomulka* soll aus verschiedenen Gründen allerdings mit viel Zurückhaltung reagiert haben. Das Hauptargument seiner Propaganda, die darauf ausgeht, 'die Treue Polens zur UdSSR' zu dokumentieren, betrifft die Unverletzbarkeit der deutsch-polnischen Grenze. Die Sowjetunion, so erklären die roten Führer in Warschau seit Jahren dem Volke, sei das einzige Land, das nie und unter keinen Umständen diese Grenze ändern wolle. Ein von Moskau erzwungener Austausch von Territorien würde dieses Argument vollständig zerreißen. Die innenpolitischen Schwierigkeiten würden damit verstärkt.

Wenn auch *Gomulka* einen starken Realismus an den Tag legt, folgen andere rote Führer seinem Beispiel nicht. Einzelne, worunter der Außenminister *Rapacki*, erklären, daß man 'das Spiel Chruschtschews spielen' solle, selbst wenn eine noch größere Verschiebung der deutsch-polnischen Grenze nötig wäre. Dies könnte den Revanchismus' der Deutschen herabsetzen und, nach dem Abgang *Adenauers* von der politischen Bühne, erlauben, nicht nur in Berlin-Pankow, sondern auch in Bonn Parteigänger für eine *atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa* zu finden. Nach Aussagen dieser roten polnischen Führer bildet eine der-

artige Zone, die sie übrigens sehnlichst wünschen, gegenwärtig das primäre Ziel Chruschtschews. Sein Plan, die jetzigen Grenzen abzuändern, soll dieses Ziel ermöglichen. ...“

Atombomben oder Schulen?

Was im folgenden *Peter Frey* im *Tages-Anzeiger* Zürich (Nr. 267, 28. 9. 1963) aus Frankreich berichtet, gilt im Prinzip für viele Staaten, und deshalb scheint es uns von grundsätzlicher Bedeutung:

... . Diese Woche war Schulbeginn auf der Mittelstufe. Es war ein Debakel. Schon in den letzten Jahren konnten die zur Verfügung stehenden Schulräume der Colleges und Lycees nicht alle Schüler aufnehmen, schon damals fehlte es an qualifizierten Lehrkräften. Diesmal schlug das Mißverhältnis zwischen dem Andrang an lernbegierigen jungen Menschen und den zur Verfügung stehenden Mitteln alle Rekorde.

Besonders in den Schulen der technischen Richtung *hat der Platz- und Lehrermangel bedenkliche Ausmaße angenommen*. In den *Colleges d'enseignement technique* sind 40 Prozent der Lehrerstellen für Mathematik nicht besetzt, bei den Fächern 'Elektrizität' und 'Elektronik' erhöht sich der Lehrermangel auf 85 Prozent. Man schätzt die Zahl der zurückgewiesenen Schüler auf 40 000.

Diese kritische Lage im Schulwesen steht in auffälligem Gegensatz zum Zukunftsgemälde, welches *General de Gaulle* in seiner Rede in Mont-Elimar von der Schulbildung des französischen Volkes skizzierte. Mit einer souveränen Verachtung der materiellen Zufälligkeiten stellte er die *Verlängerung der Schulpflicht* bis zum 18. Lebensjahr in Aussicht. 'Die Mittel- und sogar die Hochschulen müssen sich weiter öffnen, sie sollen allen offenstehen', erklärte er und fügte hinzu, die technischen Schulen müßten ausgebaut werden, die heutige Zeit verlange es.

Man fragt sich hier, wie der General sich wohl die Verwirklichung dieser seiner großzügigen Idee denkt. Wie sollen die Franzosen bis zum 18. Altersjahr in die Schule gehen, wenn nicht einmal genügend Raum und Lehrkräfte für die weniger als 16jährigen vorhanden ist?

Die erwähnten 'materiellen Zufälligkeiten', die *General de Gaulle* geringzuschätzen scheint, sind die *Finanzen*. Von ihnen hängt alles ab. Im Finanzvorschlag für das Jahr 1964 wurde aber das ursprünglich vorgesehene Ausstattungsbudget für das Schulwesen *um 25 Prozent gekürzt*. *Eine Milliarde Francs soll eingespart werden*.

Die Gegner der französischen 'Force de frappe' rechneten bereits aus, daß diese Milliarde genau der jährlichen Ausgabe für die

ZEITSCHRIFTEN -SPIEGEL

Versuchsanlagen der nationalen Atomstreitmacht entspricht. Sie wirft der Regierung vor, die Entwicklung auf dem Gebiet der vorläufig hauptsächlich militärischen Zielen dienenden Atomtechnik zu erzwingen ...“

Propaganda für die Waffen-SS

Unter diesem Titel veröffentlicht die *National-Zeitung Basel* (Nr. 470, 11. 10. 1963) aus der Feder von *Horst Hartmann* die folgende zeitkritische Glosse:

„Der Verlag des ehemaligen niedersächsischen Landtagsabgeordneten der Deutschen Reichspartei *Waldemar Schütz*, Göttingen, veröffentlicht soeben einige neue Bücher, deren neonazistische Tendenz klar zutage tritt. Schütz will mit seinen Büchern angeblich ‚die Vergangenheit wahrheitsgemäß bewältigen und vielen Soldaten helfen, die nach 1945 völlig unberechtigt diffamiert wurden‘.

Wie sieht diese ‚Hilfe‘ aus? *Erich Kern*, ehemaliger SS-Kriegsberichterstatler, wendet sich in seinem Buch ‚Deutschland im Abgrund‘ gegen die ‚Rachejustiz der Alliierten‘, die ‚nicht endenden Kriegsverbrecherprozesse‘. Der gleiche *Erich* hat auch des Pudels Kern für die Niederlage von 1945 entdeckt: ‚Der militärische Verrat trug entscheidend zur deutschen Niederlage bei‘, heißt es in der Ankündigung von ‚Verrat an Deutschland‘. *Peter Kleist*, ehemaliger Mitarbeiter von *Ribbentrop*, ist Autor eines Buches, in dem die Apartheid in Südafrika als ‚vornehme und gerechte Lösung‘ bezeichnet wird.

Als weitere Neuerscheinung im ebenfalls *Waldemar Schütz* gehörenden *Plesse-Verlag*, Göttingen, legt der in diesem Jahr recht fleißige *Erich Kern* ein drittes Buch vor über ‚General von Pannwitz und seine Kosaken‘, deren ‚Freiheit geschändet wurde von englischen Truppen‘. Das ließ den ehemaligen General der SS *Felix Steiner* nicht ruhen. Er möchte der Öffentlichkeit mit einer ‚Armee der Geächteten‘ die Waffen-SS nachträglich schmackhaft machen, deren Aufstellung auf ‚Reformbestrebungen‘ der Hitlerischen ‚Wehrpolitik‘ zurückzuführen sein soll. Eine harmlose Erklärung! Das ist das fünfte SS-Buch in diesem Verlag.“

Hinweise

„Stilwandel der Wirtschaftspolitik“ ist das zentrale Thema der Nr. 81 der Zeitschrift *Offene Welt* (Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen); das Heft enthält u. a. Aufsätze über Europäische Programmierung (*Robert Marjolin*), sowjetische Wirtschaftsplanung (*Lutz Köllner*), Japan als Modellfall dynamischer Wirtschaftsentwicklung — Bedeutung staat-

licher Planung (*Karl Hax*) sowie verschiedene Untersuchungen über Vorausschätzungen, langfristige Projektierungen, gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen; ferner schreibt *Karl Blesing* über „Aktuelle finanz- und wirtschaftspolitische Probleme“. Zahlreiche Tabellen und Schaubilder ergänzen die Abhandlungen.

Der neue Bund, die im 29. Jahrgang in Zürich (Postfach Zürich 25) erscheinende Vierteljahresschrift, stellt ihre Nr. 3/1963 unter das Motto „Sozialismus — neu begründet“; es wird eine neue deutliche Abgrenzung des Sozialismus vom Kapitalismus einerseits, vom Kommunismus andererseits erstrebt, wobei „es viele überraschen wird, daß sich in den Schriften des jungen Marx manche Formulierungen finden, die einer modernen Begründung des Sozialismus sehr nahe kommen“. Ferner besonders interessant: ein Briefwechsel zwischen Prof. *E. Bychowski* (Moskau) und Dr. *Eugen Steinemann* (Zürich) über Kommunismus.

Die Zweimonatszeitschrift *Politische Studien* (Olzog Verlag, München) läßt in ihrem Heft 151 Geschichte und Gegenwart von vier großen sozialdemokratischen Parteien gründlich und ungewöhnlich anregend darstellen; es schreibt über den italienischen Sozialismus *Rolf Reventlow*, über die britische Labour Party Dr. *J. W. Brügel*, über den österreichischen Sozialismus Dr. *Günther „Henning“* und über „Hundert Jahre SPD — Zwischen Tradition und Fortschritt“ Dr. *Helga Grebing*.

Eine weitere große Arbeit über „Einhundert Jahre Sozialdemokratie“ aus der Feder von Prof. Dr. *Wolfgang Abendroth* ist in Heft 3 der im S. Fischer Verlag erscheinenden Vierteljahresschrift *Neue Rundschau* zu lesen; Prof. *Golo Mann*, jetzt neben Dr. *Harry Pross* einer der Herausgeber der seit diesem Jahr erstaunlich lebendig gewordenen bedeutenden Zeitschrift, sagt in einem Nachwort, daß er „partiell andere“ Ansichten habe, aber: „Der *Neuen Rundschau* ist es eine Ehre, Prof. *Abendroth*s glanzvoll konzentrierte Darstellung zu veröffentlichen; daß ein besserer Kenner des Gegenstandes nicht hätte gefunden werden können, ist unsere Überzeugung.“

Prof. *Golo Mann* seinerseits schreibt in *Die neue Gesellschaft*, Heft 3/1963, über dasselbe Thema. Aus Heft 4 dieser Zweimonatschrift: neben kulturpolitischen Aufsätzen, u. a. von Senator *Dehmkamp* und Prof. Dr. *Friedrich Edding*, eine wie immer ungemein lesenswerte Abhandlung von Prof. *Friedrich Heer* (über „Pacem in terris“).

Die Wiener Halbmonatschrift: *Die Zukunft* (Heft 18) bringt den letzten Aufsatz ihres verstorbenen Chefredakteurs *Oscar Pollak* und Nachrufe auf diesen großen sozialistischen Publizisten und seine Lebensgefährtin *Marianne Pollak*; in derselben Nummer ein Aufsatz „Rudolf Slansky war also unschuldig“ von Dr. *J. W. Brügel*. W. F.